

**DBV Deutsche
Beamtenversicherung
Lebensversicherung AG
Geschäftsbericht 2012**

Spezialist für den Öffentlichen Dienst 

Kennzahlen

	2012	2011
Beitragseinnahmen in Mio. Euro		
Posten I.1.a) der Gewinn- und Verlustrechnung	1.129,1	1.302,6
Versicherungsbestand		
– laufende Beiträge in Mio. Euro*	953,2	973,6
– Anzahl der Verträge in Tausend**	1.608	1.708
Neuzugang		
– Anzahl der Verträge	67.828	76.511
– laufende Beiträge in Mio. Euro	54,4	58,4
– Einmalbeiträge in Mio. Euro	165,3	320,0
Abgang durch Storno		
– laufende Beiträge in Mio. Euro	35,8	38,3
– in Prozent des mittleren Jahresbestandes (Stückzahl)	1,7	1,8
Leistungen zugunsten unserer Kunden in Mio. Euro	1.690	1.701
davon		
– ausgezahlte Leistungen in Mio. Euro	1.624	1.985
– Zuwachs der Leistungsverpflichtungen in Mio. Euro	66	–283
Verwaltungskosten in Prozent der Bruttobeiträge	4,0	3,3
Kapitalanlagen in Mio. Euro	15.624,3	15.601,6
– Nettoverzinsung des laufenden Geschäftsjahres in Prozent***	4,5	3,8
– Nettoverzinsung der vergangenen drei Jahre in Prozent***	4,1	3,6
Bruttoüberschuss in Mio. Euro	108,9	106,4
Ergebnis vor Gewinnabführung in Mio. Euro	34,0	28,0
Eingefordertes Kapital in Mio. Euro	50,1	50,1
Eigenkapital in Mio. Euro	217,5	217,5

* selbst abgeschlossene Haupt- und Zusatzversicherungen

** nur selbst abgeschlossene Hauptversicherungen

*** Nettoverzinsung gemäß Verbandsformel des GDV

Inhaltsverzeichnis

Aufsichtsrat	4
Vorstand	4
Lagebericht	5
Geschäfts- und Rahmenbedingungen	5
Überblick über den Geschäftsverlauf unserer Gesellschaft	6
Geschäftsergebnis	7
Bestandsentwicklung	11
Kapitalanlagen	12
Risiken der zukünftigen Entwicklung	14
Sonstige Angaben	26
Nachtragsbericht	26
Ausblick und Chancen	27
Ergebnisabführung	28
Anlagen zum Lagebericht	29
Betriebene Versicherungsarten	29
Statistische Angaben	30
Jahresabschluss	35
Bilanz zum 31. Dezember 2012	36
Gewinn- und Verlustrechnung	40
Anhang	42
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	99
Bericht des Aufsichtsrates	100
Servicenummern	102
Impressum	103

Aufsichtsrat

Bernhard Gertz

Vorsitzender
Ehrenvorsitzender Deutscher BundeswehrVerband
Bad Honnef

Ingrid Sehrbrock

stellv. Vorsitzende
stellv. Bundesvorsitzende
DGB Deutscher Gewerkschaftsbund
Bergfelde

Harald Bauer

Bundesvorsitzender VdB Bundesbankgewerkschaft
Winsen

Heidrun Feine

ehem. stellv. Betriebsratsvorsitzende
AXA Niederlassung Wiesbaden
Wiesbaden

Oberst Ulrich Kirsch

Vorsitzender Deutscher BundeswehrVerband
Sonthofen

Ilse Schaad

Mitglied des Hauptvorstandes
GEW Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Berlin

Anne Schauer

stellv. Bundesvorsitzende
DSTG Deutsche Steuer-Gewerkschaft
Elz

Dr. Wolfgang Uellenberg-van Dawen

Leiter des Bereichs Politik und Planung
ver.di-Bundesverwaltung
Köln

Frank Werneke

stellv. Bundesvorsitzender
ver.di Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
Berlin

Vorstand

Dr. Thomas Buberl (seit 21. Mai 2012)

Vorsitzender
Konzernkommunikation, Konzernrevision,
Strategie und Organisation
Personal, Zentrale Dienste, Recht & Compliance,
Kapitalanlagen, Asset Liability Management
(seit 20. November 2012)

Dr. Andrea van Aubel (seit 20. November 2012)

Informationstechnologie und Prozesse

Etienne Bouas-Laurent (seit 20. November 2012)

Rechnungswesen, Planung, Controlling, Steuern,
Risikomanagement

Dr. Patrick Dahmen

Vorsorge, Produktmanagement, Aktuariat
(seit 1. Oktober 2012)
Rechnungswesen, Planung, Controlling, Steuern,
Risikomanagement (bis 30. September 2012)

Wolfgang Hanssmann

Vertrieb, Marketing

Jens Hasselbächer (seit 27. Dezember 2012)

Kunden- und Partnerservice

Dr. Frank Keuper (bis 31. Januar 2012)

Vorsitzender
Konzernkommunikation, Konzernrevision,
Konzernstrategie und Portfoliosteuerung,
Informationstechnologie, Organisation und
Prozesse, Kunden- und Partnerservice

Thomas Gerber (bis 30. September 2012)

Vorsorge, Produktmanagement, Aktuariat

Ulrich C. Nießen (bis 30. September 2012)

Personal, Recht & Compliance, Zentrale Dienste

Dr. Heinz-Jürgen Schwering

(bis 20. November 2012)
Kapitalanlagen, Asset Liability Management

Lagebericht

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die Entwicklung unserer Gesellschaft fand im Geschäftsjahr 2012 in nachfolgend beschriebenen gesamtwirtschaftlichen und Branchen-umfeld statt:

Deutsche Wirtschaft trotz europäischer Krise

Die deutsche Wirtschaft hat sich im Jahr 2012 als sehr widerstandsfähig erwiesen. Während die Konjunktur in einigen europäischen Ländern und insbesondere in Südeuropa auf Talfahrt ging, ist die deutsche Wirtschaft weiter gewachsen. Nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes nahm das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt um 0,7% zu. In den beiden Vorjahren war es mit 3,0% (2011) und 4,2% (2010) allerdings sehr viel kräftiger gestiegen. Insbesondere in der zweiten Jahreshälfte 2012 hat sich die deutsche Konjunktur deutlich abgekühlt.

Einmal mehr erwies sich der Export als wichtigster Wachstumsmotor der Wirtschaft. Deutschland exportierte im vergangenen Jahr preisbereinigt 4,1% mehr Waren und Dienstleistungen; gleichzeitig stiegen die Importe lediglich um 2,3%. Im Inland nahmen der private Verbrauch um 0,8% und die staatlichen Konsumausgaben um 1,0% zu. Dagegen konnten die Investitionen keinen positiven Beitrag zum Wirtschaftswachstum liefern und gingen zum Teil sogar deutlich zurück.

Der Arbeitsmarkt blieb ebenfalls robust. Nach den ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes ist die Zahl der Erwerbstätigen um 422.000 – und damit das sechste Jahr in Folge – auf einen neuen Höchststand von 41,6 Millionen gestiegen. Im Jahresdurchschnitt 2012 waren in Deutschland nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit 2.897.000 Menschen arbeitslos gemeldet, 79.000 weniger als vor einem Jahr. Das entspricht einer um 0,3 Prozentpunkte auf 6,8% gesunkenen Arbeitslosenquote.

Darüber hinaus hatten die meisten Arbeitnehmer mehr Geld im Portemonnaie. Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes auf der Grundlage vorläufiger Ergebnisse betrug der Anstieg der nominalen Tariflöhne und -gehälter 2012 im Durchschnitt 2,6%. Da sich die Verbraucherpreise im vergangenen Jahr nach Angaben des Statistischen Bundesamtes um 2,0% erhöhten, ergab sich im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt preisbereinigt ein reales Plus bei den Tariflöhnen und -gehältern von 0,6%.

Deutsche Versicherungswirtschaft wieder mit Wachstum

Die deutsche Versicherungswirtschaft erzielte im Jahr 2012 wieder ein Wachstum, nachdem sie im Vorjahr zum ersten Mal seit mehr als sechs Jahrzehnten einen Beitragsrückgang in Höhe von 0,4% hatte hinnehmen müssen. Nach vorläufigen Berechnungen steigerten die im Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) organisierten Versicherer im vergangenen Jahr spartenübergreifend ihre Beitragseinnahmen um 1,5% auf 180,7 Mrd. Euro (2011: 178,1 Mrd. Euro). Damit blieb die Geschäftsentwicklung unserer Branche auch im fünften Jahr der Finanzmarkt-, Schulden- und Eurokrise stabil.

Allerdings war die Entwicklung in den Versicherungsarten unterschiedlich. Während die Schaden- und Unfallversicherer ein Beitragsplus von voraussichtlich 3,7% und die privaten Krankenversicherer von voraussichtlich 3,4% erzielten, fiel das Wachstum in der Lebensversicherung mit +0,8% eher bescheiden aus.

Einführungstermin von Solvency II weiter unklar

Im Laufe des Jahres 2012 zeichnete sich ab, dass sich die Einführung der künftigen Aufsichtsregeln der Europäischen Union (EU) für die Versicherungswirtschaft, Solvency II, weiter verzögern wird. So sprach sich die EU-Kommission im September 2012 für eine weitere Studie aus, um die Auswirkungen der im Solvency II-Modell festgelegten Eigenkapitalvorschriften auf langfristige Versicherungsgarantien europaweit zu testen. Dies bedeutet eine Einführung der neuen Eigenkapitalvorschriften für die europäischen Versicherer nicht vor 2015. Die Präsidentin der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hielt Mitte Januar 2013 sogar einen Start des neuen Regelwerks erst 2016 oder gar 2017 für möglich.

Einheitliche Tarife für Männer und Frauen

Seit dem 21. Dezember 2012 bieten die deutschen Versicherer im Neugeschäft nur noch sogenannte Unisex-Tarife an. Hintergrund ist eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs aus März 2011, dass Versicherer ab diesem Stichtag keine Tarife mehr anbieten dürfen, die nach dem Geschlecht unterscheiden. Davon sind insbesondere private Renten-, Risikolebens- und Berufsunfähigkeitsversicherungen sowie private

Krankenversicherungen betroffen, aber auch weitere Versicherungen wie die Kfz- oder Unfallversicherung, die zuvor auch das Geschlecht als Risikomerkmale herangezogen haben. Durch Verzögerungen im Gesetzgebungsverfahren konnte das europäische Unisex-Urteil zwar nicht fristgerecht in deutsches Recht umgesetzt werden, ist aber dennoch aufgrund des sogenannten Anwendungsvorrangs des Europarechts nunmehr in Deutschland gültig.

Lebensversicherungsmarkt mit rückläufigem Neugeschäft

Der deutsche Lebensversicherungsmarkt zeigt gegenüber dem Vorjahr ein leichtes Wachstum der gebuchten Bruttobeiträge. Sowohl die laufenden Beiträge als auch das Einmalbeitragsgeschäft, das im Vorjahr einen starken Rückgang verzeichnete, weisen moderate Steigerungen auf. Das Neugeschäft hingegen war sowohl gemessen am laufenden Beitrag als auch nach Anzahl der Verträge rückläufig, während sich das Einmalbeitragsneugeschäft auf Vorjahresniveau entwickelte.

Nach den Zahlen des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft stiegen die gebuchten Bruttobeiträge in der Lebensversicherung (ohne Pensionskassen) gegenüber dem Vorjahr um 1,1% auf 84,1 Mrd. Euro. Davon entfielen auf die laufenden Beiträge 61,8 Mrd. Euro (+1,1%) und auf die Einmalbeiträge 22,3 Mrd. Euro (+1,0%). Der Bestand an Hauptversicherungen verringerte sich hochgerechnet um 0,7% auf 89,1 Mio. Verträge. Gemessen am laufenden Beitrag erhöhte sich der Bestand leicht um 0,8% auf 62,3 Mrd. Euro.

Das eingelöste Neugeschäft an laufenden Beiträgen insbesondere mit den Schwerpunkten fondsgebundene Kapital- und Rentenversicherungen, Renten- und Pensionsversicherungen sowie klassische Kapitallebensversicherungen nahm nach dem deutlichen Anstieg um 8,2% im Vorjahr um 3,2% auf 5,9 Mrd. Euro ab. Dagegen wurde im Neugeschäft gegen Einmalbeitrag nach dem starken Rückgang um 17,4% im Vorjahr ein leichter Anstieg von 1,2% auf 22,1 Mrd. Euro erzielt.

Die Stornoquote bezogen auf die Stückzahl blieb unverändert bei 3,5%.

Überblick über den Geschäftsverlauf unserer Gesellschaft

Aufgrund eines gestiegenen Kapitalanlageergebnisses konnte die DBV Deutsche Beamtenversicherung Lebensversicherung AG ein verbessertes Ergebnis in Höhe von 34,0 Mio. Euro (2011: 28,0 Mio. Euro) ausweisen.

Im Neugeschäft verzichtete unsere Gesellschaft auf den aktiven Vertrieb von Kapitalisierungsprodukten. Dadurch ging der Neuzugang bei den Einmalbeiträgen erwartungsgemäß im Vergleich zum Vorjahr um 48,4% auf 165,3 Mio. Euro zurück. Generell verhalten sich die Verbraucher in Folge der Finanzmarktkrise beim Abschluss langfristiger Verträge immer noch sehr reserviert. Der Neuzugang an laufenden Beiträgen verringerte sich dadurch um 6,8% auf 54,4 Mio. Euro.

Die Beitragseinnahmen unserer Gesellschaft reduzierten sich im Berichtsjahr um 13,3% auf insgesamt 1,1 Mrd. Euro. Dabei nahmen die gebuchten laufenden Beiträge des selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäftes um 2,2% auf 0,96 Mrd. Euro ab. Die Einmalbeiträge des direkten Geschäftes gingen wegen des Verzichts auf den aktiven Vertrieb von Kapitalisierungsprodukten von 322,9 Mio. Euro auf 169,6 Mio. Euro zurück. Der Versicherungsbestand unserer Gesellschaft, gemessen am laufenden Jahresbeitrag, verringerte sich um 2,1% und belief sich zum Jahresende 2012 auf 0,95 Mrd. Euro.

Die Abgänge gemessen am laufenden Beitrag betragen 76,1 Mio. Euro, was einem Rückgang von 13,6% gegenüber dem Vorjahr entspricht. Die Stornoquote, bezogen auf die Stückzahl, ist von 1,8% im Vorjahr auf 1,7% gesunken.

Das Kapitalanlageergebnis belief sich auf 697,2 Mio. Euro (2011: 590,4 Mio. Euro) und nahm damit gegenüber dem Vorjahr deutlich um 18,1% zu. Die Nettoverzinsung des laufenden Jahres ist dadurch von 3,8% auf 4,5% gestiegen.

Die gesamten ausgezahlten Leistungen für unsere Kunden aus Abläufen, Rückkäufen, Todes- und Heiratsfällen sowie Renten einschließlich der zugehörigen Überschussanteile und Anteile aus der Direktgutschrift betragen 1,6 Mrd. Euro (2011: 2,0 Mrd. Euro).

Durch gestiegene Verwaltungskosten bei gleichzeitig geringeren Beitragseinnahmen nahm die Verwaltungskostenquote gegenüber dem Vorjahr um 0,7 Prozentpunkte auf 4,0% zu.

Der Rohüberschuss nach Ertragsteuern verringerte sich im Berichtsjahr geringfügig auf 150,5 Mio. Euro (2011: 151,5 Mio. Euro). Hiervon haben wir insgesamt 116,5 Mio. Euro (2011: 123,5 Mio. Euro) der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zugeführt beziehungsweise als Direktgutschrift ausgeschüttet, um sie für die Überschussbeteiligung unserer Kunden zu verwenden. Nach Steuern verblieb ein Ergebnis in Höhe von 34,0 Mio. Euro (2011: 28,0 Mio. Euro).

Entsprechend dem Gewinnabführungsvertrag zwischen der DBV Deutsche Beamtenversicherung Lebensversicherung AG und der AXA Konzern AG (als Rechtsnachfolgerin der AXA Beteiligungsgesellschaft mbH) wurde das Ergebnis in Höhe von 34,0 Mio. Euro an diese abgeführt.

Ratingagenturen bestätigen starke Finanzkraft

Alle drei großen Ratingagenturen haben unserer Gesellschaft als wichtigem Teil des deutschen AXA Konzerns und der internationalen AXA Gruppe im Berichtsjahr erneut eine starke oder sogar sehr starke Finanzkraft bescheinigt. Moody's Investors Service hat am 16. Februar 2012 sein Aa3 und Fitch Ratings am 24. September 2012 sein AA- Insurer Financial Strength Rating für unsere Gesellschaft bestätigt. Angesichts der anhaltenden Niedrigzinsphase und eines schwächeren wirtschaftlichen Umfeldes beurteilen beide Ratingagenturen den Ausblick mit negativ. Die Ratingagentur Standard & Poor's hat demgegenüber in ihrer A+ Financial Strength Rating-Entscheidung vom 18. Dezember 2012 den Ausblick von negativ auf stabil angehoben, da sich nach ihrer Einschätzung die laufende Umsetzung der strategischen Ziele stärkend auf die Ertragskraft und Risikoreduzierung auswirken wird.

Geschäftsergebnis

Beitragseinnahmen von 1,13 Mrd. Euro

Die gebuchten Beiträge unserer Gesellschaft verringerten sich im Berichtsjahr um 13,3% auf 1,13 Mrd. Euro. Hiervon entfielen 0,96 Mrd. Euro (-2,1%) auf die laufenden Beiträge und 0,17 Mrd. Euro (-47,5%) auf die Einmalbeiträge. Die rückläufigen Beitragseinnahmen resultierten vor allem aus dem Einzelvertragsgeschäft (-18,7%) und hier vornehmlich aus unserer Entscheidung, aus Renditegründen auf den Vertrieb von Kapitalisierungsprodukten weitgehend zu verzichten. Dagegen blieben die Beiträge aus dem Kollektivgeschäft mit -0,3% nahezu konstant. Bei den fondsgebundenen Rentenversicherungen ging das Beitragsvolumen gegenüber dem Vorjahr um 9,0% zurück.

Der Versicherungsbestand unserer Gesellschaft, gemessen am laufenden Jahresbeitrag, verringerte sich um 2,1% und belief sich zum Jahresende 2012 auf 0,95 Mrd. Euro.

Kapitalanlageergebnis deutlich gestiegen

Das gesamte Kapitalanlageergebnis unserer Gesellschaft – alle Erträge einschließlich Depotzinsen abzüglich aller Aufwendungen – betrug im Berichtsjahr 697,2 Mio. Euro (2011: 590,4 Mio. Euro) und stieg damit gegenüber dem Vorjahr um 18,1%.

Das ordentliche Kapitalanlageergebnis belief sich dabei nach Abzug von Verwaltungs- und Finanzkosten auf 615,1 Mio. Euro (2011: 693,9 Mio. Euro). Dieses im Vergleich zum Vorjahr niedrigere Ergebnis resultierte im Wesentlichen aus geringeren Erträgen aus festverzinslichen Wertpapieren. Diese waren im Vorjahr durch einen Einmal-effekt aus gezahlten Kupons der Bayern LB für zurückliegende Perioden begünstigt worden.

Das außerordentliche Kapitalanlageergebnis betrug 82,2 Mio. Euro (2011: -103,6 Mio. Euro) und verbesserte sich damit erheblich. Aus dem Abgang von Kapitalanlagen erzielten wir Gewinne von 103,7 Mio. Euro, davon 83,6 Mio. Euro aus Gewinnen aus dem Abgang von Rentenspapieren.

Unsere Gesellschaft hat 2012 mit insgesamt 4,7 Mio. Euro (2011: 187,7 Mio. Euro) deutlich geringere außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen, von denen mit 3,9 Mio. Euro der größte Anteil auf Investmentfonds entfielen. Die Zuschreibungen auf Kapitalanlagen beliefen sich auf 6,3 Mio. Euro und entfielen zum großen Teil auf Investmentfonds.

Die Nettoverzinsung der Kapitalanlagen einschließlich der Depotforderungen – berechnet nach der Formel des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft – betrug 4,5% (2011: 3,8%).

Verwaltungskostenquote von 4,0%

Die Abschluss- und Verwaltungskosten unserer Gesellschaft beliefen sich im Berichtsjahr auf insgesamt 129,4 Mio. Euro; dies entspricht einer Reduzierung um 5,8%.

Die gegenüber dem Vorjahr um 10,2% geringeren Abschlusskosten von 84,7 Mio. Euro stehen einer um 14,5% rückläufigen Beitragssumme im Neugeschäft gegenüber. Dadurch erhöhte sich die Abschlusskostenquote – das Verhältnis der Abschlussaufwendungen zur Beitragssumme des Neugeschäftes – um 0,1 Prozentpunkte auf 5,8%.

Die Verwaltungskosten unserer Gesellschaft nahmen um 3,6% auf 44,7 Mio. Euro zu. Bei einem gleichzeitigen Rückgang der gebuchten Beiträge um 13,3% lag die Verwaltungskostenquote mit 4,0% um 0,7 Prozentpunkte über dem Vorjahr.

Programm zur Effizienzsteigerung macht Fortschritte

Der AXA Konzern hat im Geschäftsjahr 2012 bei der Umsetzung seines Programms zur Steigerung der Effizienz und zur Stärkung seiner Wettbewerbsfähigkeit Fortschritte erzielt. Dieses Programm unter dem Namen „Focus to Perform“ hatte der Konzern im Vorjahr eingeleitet, um angesichts des sich grundlegend wandelnden Umfeldes für Versicherungen seine strategischen Ziele effektiver und fokussierter zu erreichen. Durch umfangreiche Investitionen in Prozessverbesserungen, Automatisierung und optimierte Strukturen will die AXA Deutschland den Kundenservice weiter verbessern, Produktivitätssteigerungen erzielen und die Kosten im Konzern bis 2015 um 328 Mio. Euro senken. Dazu sollen unter anderem auch die Vereinheitlichung von Produkten und der Informationstechnologie, schlankere Führungs-

strukturen und die Bündelung von Funktionen an einzelnen Standorten beitragen, wobei der Konzern seine dezentrale Struktur beibehalten wird.

Ein großer Meilenstein bei „Focus to Perform“ wurde im vergangenen September mit dem Abschluss des Interessenausgleichs und des Sozialplans erreicht. Gleichzeitig schlossen Unternehmensleitung und Arbeitnehmervertreter das AXA Bündnis IV ab, das bei Erreichen definierter wirtschaftlicher Kennzahlen den Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen bis Ende 2015 – mit Verlängerungsoptionen bis maximal 2017 bei Erreichen der „Focus to Perform“-Ziele – beinhaltet.

1,6 Mrd. Euro direkte Leistungen für unsere Kunden

Die direkten Leistungen an unsere Kunden für Abläufe, Rückkäufe, Todes- und Heiratsfälle sowie für Renten einschließlich der zugehörigen Überschussanteile und Anteile aus der Direktgutschrift nahmen um 18,2% ab und betrugen 1,6 Mrd. Euro (2011: 2,0 Mrd. Euro). Von den Zahlungen für Versicherungsfälle entfielen 67% auf vertragsmäßige Abläufe und 12% auf Rückkäufe. Der Anteil der Renten- und Berufsunfähigkeitsleistungen lag bei 14%. Der Rest von 7% betraf Leistungen für Todes- und Heiratsfälle.

Den Rückstellungen für Leistungsverpflichtungen gegenüber unseren Versicherungsnehmern (Deckungsrückstellung, Überschussguthaben und Rückstellung für Beitragsrückerstattung) führten wir 66,3 Mio. Euro (2011: Entnahme von 283,5 Mio. Euro) zu. Dieser Anstieg der Rückstellung für Leistungsverpflichtungen resultiert insbesondere aus der weiteren Erhöhung der Deckungsrückstellung aufgrund der nachstehend beschriebenen Bildung einer Zinszusatzreserve und der Erhöhung der Zusatzreserve aufgrund eines BGH-Urteils.

Insgesamt betrugen die Leistungen für unsere Kunden 1,7 Mrd. Euro (-0,6%). Die Rückstellungen für Leistungsverpflichtungen beliefen sich am Ende des Berichtsjahres auf insgesamt 15,7 Mrd. Euro (+0,4%).

Deckungsrückstellung für Rentenversicherungen

Bei der deutschen Aktuarvereinigung (DAV) werden die Untersuchungen zur Sterblichkeit in der Rentenversicherung durch Berücksichtigung neuer Daten laufend aktualisiert, da eine Fortsetzung des Trends zu weiter steigenden künftigen Lebenserwartungen nicht ausgeschlossen werden kann. Auch unsere eigenen Versicherungsbestände werten wir entsprechend aus. Zur Berücksichtigung der gestiegenen Lebenserwartung haben wir für unseren Bestand an Rentenversicherungen, die nicht nach der aktuellen Sterbetafel DAV 2004 R kalkuliert wurden, die Deckungsrückstellung im Jahr 2012 um 7,7 Mio. Euro (2011: 10,8 Mio. Euro) verstärkt. Zur Ermittlung dieser zusätzlichen Deckungsrückstellung erfolgte einzelvertraglich eine Vergleichsrechnung mit dem Wert, der sich unter Berücksichtigung eines aktuariell angemessenen Sterblichkeitstrends in der Sterbetafel DAV 2004 R-B ergab. Positive Differenzen zwischen Vergleichsreserve und ursprünglicher Reserve wurden unter Verwendung der unternehmensindividuellen Kapitalwahlrechtsquoten und Stornoquoten aufgefüllt.

BGH-Zusatzreserve

Der Bundesgerichtshof (BGH) hat im Jahr 2012 in mehreren Urteilen Klauseln von zwischen 2001 und 2007 abgeschlossenen Verträgen für inhaltlich unangemessen erklärt, wenn im Falle des Rückkaufs oder der Beitragsfreistellung das Zillmerverfahren zugrunde gelegt wird, sodass der vom Versicherer zu leistende Betrag gegenüber den eingezahlten Beiträgen unverhältnismäßig gering ist oder sogar null beträgt. Er hält ferner Klauseln zu den Stornoabzügen für intransparent, in denen nicht hinreichend zwischen Rückkaufswert und dem davon abgehenden Stornoabzug differenziert wird. Die sich aus diesen Urteilen ergebenden erhöhten Mindestrückkaufswerte und beitragsfreien Versicherungssummen haben wir mit einer Erhöhung der Deckungsrückstellung um 14,3 Mio. Euro berücksichtigt. Ferner wurde die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle um 1,2 Mio. Euro erhöht.

Zinszusatzreserve

Das anhaltend niedrige Zinsniveau am Kapitalmarkt beeinträchtigt auch die Anlagemöglichkeiten der Lebensversicherer. Die Deckungsrückstellungsverordnung sieht daher abhängig vom Kapitalmarktzins der vergangenen Jahre die Bildung einer Zinszusatzreserve für Versicherungen mit einem Rechnungszins oberhalb eines Referenzzinses vor. Unsere Gesellschaft hat die erstmals im Vorjahr gebildete Zinszusatzreserve in Höhe von 41,3 Mio. Euro im Geschäftsjahr 2012 um weitere 158,3 Mio. Euro deutlich verstärkt.

Unisex-Zusatzreserve

Im Vorfeld der Einführung geschlechtsunabhängig kalkulierter Tarife gab unser Unternehmen ein Zertifikat aus, nach dem unsere Kunden unter bestimmten Voraussetzungen bis zum 30. Juni 2013 die Umstellung ihrer ab dem 1. Juli 2012 abgeschlossenen Versicherung unter Erhalt ihres Beitrages in die neuen Tarife verlangen können. Unter Berücksichtigung von Risikoart, Geschlecht und erwarteter Umtauschquote wurde die Ende 2012 noch geschlechterspezifisch gerechnete Deckungsrückstellung um einen für die Leistungserhöhung voraussichtlich benötigten Betrag in Höhe von 3,8 Mio. Euro erhöht.

Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer

Aufgrund des langjährigen historisch niedrigen Zinsniveaus erfolgt für 2013 eine weitere moderate Anpassung der Überschussbeteiligung. Bei unserer Gesellschaft wird für das Jahr 2013 die laufende Verzinsung (Garantieverzinsung plus Zinsüberschussanteil) 3,65% betragen; die Verzinsung des Deckungskapitals erfolgt mindestens mit dem Garantiezins. Einschließlich des Schlussgewinnanteils sowie der Sockelbeteiligung an den Bewertungsreserven ergibt sich eine Gesamtverzinsung von durchschnittlich 4,4%. Für Einmalbeitragsversicherungen wurde die Verzinsung in Anlehnung an die Entwicklung am Kapitalmarkt abgesenkt.

Für den Bestand an Rententariifen, die noch nicht nach der aktuellen Sterbetafel DAV 2004 R kalkuliert waren, wurden in den vergangenen Jahren zur Sicherung der vertraglichen Renten zu Lasten der im Geschäftsjahr erwirtschafteten Erträge zusätzliche Deckungsrückstellungen aufgebaut, um der gestiegenen Lebenserwartung Rechnung zu tragen. Die Refinanzierung dieser Beträge wird auch 2013 fortgesetzt.

Die Überschussanteilsätze für die einzelnen Tarife sind im Anhang auf den Seiten 66 bis 93 dargestellt.

Ertragsteuern

Der Aufwand für Ertragsteuern verringerte sich im Berichtsjahr um 3,4 Mio. Euro auf 16,2 Mio. Euro. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr resultiert im Wesentlichen aus den Anpassungen der im Geschäftsjahr 2012 eingereichten Steuererklärungen für die Jahre 2010 und 2011. Durch hierin geltend gemachte steuerliche Wahlrechte hat sich der Steuer- aufwand um 4,2 Mio. Euro reduziert. Demgegenüber hat sich das Ergebnis vor Steuern im Vergleich zum

Vorjahr um 2,6 Mio. Euro erhöht, welches für sich betrachtet zu einer Erhöhung der Steuerbelastung um 0,8 Mio. Euro geführt hat.

Seit dem 1. Januar 2011 besteht eine körperschaft- und gewerbesteuerliche Organschaft mit der AXA Konzern AG als Organträgerin.

Jahresüberschuss vor Gewinnabführung von 34 Mio. Euro

Unsere Gesellschaft erzielte im Berichtsjahr nach der Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrück- erstattung und nach Steuern einen Jahresüber- schuss vor Gewinnabführung von 34,0 Mio. Euro (2011: 28,0 Mio. Euro). Aufgrund des geschlos- senen Gewinnabführungsvertrages zwischen unserer Gesellschaft und der AXA Konzern AG (als Rechtsnachfolgerin der AXA Beteiligungs- gesellschaft mbH) wurde der Überschuss ent- sprechend abgeführt.

Eigenkapitalausstattung

Zum Ende des Geschäftsjahres 2012 belief sich die Eigenkapitalausstattung unserer Gesellschaft auf unverändert 217,5 Mio. Euro.

Unser Eigenkapital setzt sich wie folgt zusammen:

Eigenkapitalausstattung

in Mio. Euro	2012	2011
Eingefordertes Kapital	50,1	50,1
Kapitalrücklagen	46,3	46,3
Gewinnrücklagen	121,1	84,5
Bilanzgewinn	0,0	36,6
Eigenkapital	217,5	217,5

Bestandsentwicklung

Bestand von 41,1 Mrd. Euro Versicherungssumme

Der Bestand unserer Gesellschaft lag im Berichtsjahr gemessen an der Versicherungssumme mit 41,1 Mrd. Euro auf Vorjahresniveau. Die Zahl der von unserer Gesellschaft betreuten Verträge betrug am Jahresende 1.607.950 Stück (-5,9%). Gemessen am laufenden Jahresbeitrag belief sich unser Versicherungsbestand auf 953,2 Mio. Euro. Das sind 2,1% weniger als im Vorjahr.

Den Schwerpunkt unseres gesamten Bestandes bilden mit einem Anteil von 36,6% die Einzelkapitalversicherungen, auch wenn ihr Volumen gemessen am laufenden Beitrag um 6,2% auf 348,6 Mio. Euro zurückging. Dahinter nehmen mit einem Anteil von 29,3% die Kollektivversicherungen die zweite Position ein. Ihr Bestand verringerte sich im Berichtsjahr um 1,0% auf 279,1 Mio. Euro. Demgegenüber nahm der Bestand an Rentenversicherungen um 8,8% auf 269,8 Mio. Euro zu.

Bestand nach Versicherungsart

	Ifd. Beitrag in Mio. Euro	Anteil 2012 in %	Anteil 2011 in %
Einzelkapitalversicherungen	348,6	36,6	38,2
Risikoversicherungen	27,5	2,9	2,9
Rentenversicherungen	269,8	28,3	25,5
Fondsgebundene Versicherungen	28,2	2,9	4,5
Kollektivversicherungen	279,1	29,3	28,9
Gesamt	953,2	100	100

Neuzugang nach Versicherungsart

	Ifd. Beitrag in Mio. Euro	Anteil 2012 in %	Anteil 2011 in %
Einzelkapitalversicherungen	8,0	14,6	15,7
Risikoversicherungen	1,2	2,3	2,5
Rentenversicherungen	25,9	47,6	46,4
Fondsgebundene Versicherungen	0,6	1,2	1,2
Kollektivversicherungen	18,7	34,3	34,2
Gesamt	54,4	100	100

67.828 Verträge neu abgeschlossen

Im Geschäftsjahr 2012 wurden bei unserer Gesellschaft 67.828 Verträge neu abgeschlossen. Dabei belief sich der neu abgeschlossene laufende Jahresbeitrag auf 54,4 Mio. Euro (-6,8%). Die neu abgeschlossenen Einmalbeiträge gingen um 48,4% auf 165,3 Mio. Euro zurück. An der Versicherungssumme gemessen nahm der Neuzugang um 5,1% auf 2,9 Mrd. Euro ab. Die aus dem Neuzugang resultierende Gesamtbeitragssumme – definiert als laufender Jahresbeitrag multipliziert mit der Beitragszahlungsdauer zuzüglich der Einmalbeiträge – belief sich im Berichtsjahr auf 1,4 Mrd. Euro (2011: 1,7 Mrd. Euro).

Zum Neugeschäftsvolumen trugen die einzelnen Versicherungsarten mit unterschiedlichen Anteilen bei. Mit 25,9 Mio. Euro (-4,4%) laufendem Beitrag nahmen die Rentenversicherungen den größten Anteil am gesamten Neuzugang ein. Ihr Anteil am Neugeschäft betrug 47,6% (2011: 46,4%). Den zweithöchsten Anteil verbuchten die Kollektivversicherungen mit nahezu unveränderten 34,3% (2011: 34,2%). Hier betrug das neu abgeschlossene Volumen im Berichtsjahr 18,7 Mio. Euro laufender Beitrag. Die Einzelkapitalversicherungen kamen auf ein neu abgeschlossenes Volumen von 8,0 Mio. Euro laufendem Beitrag. Das entspricht einem Anteil am Neuzugang von 14,6%.

Abgang: Stornoquote auf 1,7% verbessert

Im Berichtsjahr verzeichneten wir einen Abgang an laufenden Jahresbeiträgen von 76,1 Mio. Euro (-13,6%). Daran hatten die vertragsmäßigen Abläufe einen Anteil von 50,1%. Sie nahmen damit, gemessen an den laufenden Jahresbeiträgen, um 14,2% auf 38,2 Mio. Euro ab. Die Abgänge durch Tod oder Heirat lagen mit 4,1 Mio. Euro laufendem Jahresbeitrag um 4,1% unter dem Vorjahr.

Die vorzeitigen Abgänge (Rückkäufe, Umwandlungen in beitragsfreie Versicherungen sowie sonstige vorzeitige Abgänge) sind im Berichtsjahr um 6,4% auf insgesamt 35,8 Mio. Euro zurückgegangen. Den größten Anteil an den vorzeitigen Abgängen hatten mit 12,2 Mio. Euro die Kollektivversicherungen.

Unsere Stornoquote hat sich nochmals verbessert. Sie ist bezogen auf die Stückzahl von 1,8% im Vorjahr auf 1,7% im Berichtsjahr zurückgegangen.

Kapitalanlagebestand leicht ausgebaut

Die Entwicklung der Kapitalmärkte war im Geschäftsjahr 2012 insbesondere von der Staatsschuldenkrise in Europa sowie von der schwachen globalen Konjunktur geprägt. Im Vergleich zum Vorjahr verbesserte sich die Lage an den Kapitalmärkten zwar deutlich, jedoch dauerten die Unsicherheiten und die damit verbundene Staatsschuldenkrise weiterhin an. Der erneute Rückgang des Zinsniveaus festverzinslicher Anleihen sowie die im Vergleich zum Vorjahr signifikant gesunkenen Risikoaufschläge einzelner Rentenpapiere führten zu einer Wertsteigerung festverzinslicher Wertpapiere.

Die Aktienmärkte entwickelten sich im vergangenen Geschäftsjahr positiv. Der Deutsche Aktienindex (DAX) notierte Ende Dezember 2012 bei 7.612 Punkten und verzeichnete somit im Vergleich zum Jahresanfang einen Zuwachs von 29,0%. Der europäische Aktienmarkt, gemessen am EuroStoxx 50, stieg bis zum Jahresende um 13,7% auf 2.636 Punkte. Der für den amerikanischen Aktienmarkt repräsentative S&P 500-Index notierte ebenfalls um 13,6% höher als zu Jahresbeginn.

Die Leitzinsen im US-Raum blieben im vergangenen Geschäftsjahr wie in den zwei Vorjahren unverändert bei 0 bis 0,25%. Hinsichtlich der schwachen Konjunkturaussichten und der anhaltenden Zurückhaltung der Anleger sank der europäische Leitzins der Europäischen Zentralbank (EZB) in der Mitte des Jahres erneut um 0,25% auf 0,75%. Der Zinssatz für zehnjährige Bundesanleihen ging bis Ende Dezember auf 1,3% zurück und erreichte damit einen historischen Tiefstand.

Unsere Gesellschaft hat die Entwicklung an den Kapitalmärkten genutzt und durch ein ausgewogenes Kapitalanlagenportfolio die an ihre Kunden gegebenen Leistungsversprechen erfüllt. Zudem profitierte unsere Gesellschaft von den Vorteilen als Unternehmen eines internationalen Versicherungskonzerns, um die zur Verfügung stehenden Mittel in Kapitalanlagen mit attraktiven Konditionen zu investieren.

Im Geschäftsjahr 2012 wurden verstärkt Investitionen in Hypothekendarlehen, Staatsanleihen und Anstalten sowie in Unternehmensanleihen in Euro und US-Dollar vorgenommen. Zudem haben wir Vorkäufe auf Staatsanleihen der Euro-Kern-

länder und Anstalten getätigt. Des Weiteren wurde erstmalig in die Anlageklasse Commercial Real Estate Loans investiert sowie das Infrastruktur-Investmentvolumen weiter ausgebaut.

Der Bestand an Kapitalanlagen ist bei unserer Gesellschaft im Laufe des Jahres 2012 mit einem Buchwert von 15,6 Mrd. Euro nahezu konstant geblieben. Gleichzeitig nahm der Marktwert deutlich auf 17,7 Mrd. Euro (2011: 16,4 Mrd. Euro) zu.

Buchwerte der Kapitalanlagen

in Mio. Euro	2012	2011
Grundbesitz	217	244
Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen inkl. Ausleihungen	420	389
Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	3.686	3.768
Festverzinsliche Wertpapiere	1.748	1.441
Hypotheken	2.634	2.808
Schuldscheindarlehen, Namenspapiere und übrige Ausleihungen	6.585	6.829
Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	2	2
Andere Kapitalanlagen	100	100
Einlagen bei Kreditinstituten	222	9
Summe (ohne Depotforderungen)	15.614	15.591

Zeitwerte der Kapitalanlagen

in Mio. Euro	2012	2011
Grundbesitz	291	320
Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen inkl. Ausleihungen	435	389
Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	3.860	3.439
Festverzinsliche Wertpapiere	1.833	1.374
Hypotheken	2.962	3.066
Schuldscheindarlehen, Namenspapiere und übrige Ausleihungen	7.980	7.701
Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	2	2
Andere Kapitalanlagen	112	109
Einlagen bei Kreditinstituten	222	9
Summe	17.697	16.409

Zu- und Abgänge der Kapitalanlagen

in Mio. Euro	Zugänge	Abgänge	Saldo
Grundbesitz	–	19	–19
Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen inkl. Ausleihungen	62	10	52
Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	59	163	–104
Festverzinsliche Wertpapiere	564	258	306
Hypotheken	127	300	–173
Schuldscheindarlehen, Namenspapiere und übrige Ausleihungen	275	519	–244
Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	–	–	–
Andere Kapitalanlagen	–	–	–
Einlagen bei Kreditinstituten	3.452	3.239	213
Summe	4.539	4.508	31

Das gesamte Neuanlagevolumen unserer Gesellschaft – ohne Einlagen bei Kreditinstituten – betrug 1,1 Mrd. Euro (2011: 1,4 Mrd. Euro). Innerhalb der Neuanlagen bildeten festverzinsliche Wertpapiere mit 564,0 Mio. Euro und Rentenpapiere mit 275,7 Mio. Euro den Hauptanlageschwerpunkt.

Der Bestand an Rentenpapieren, inklusive der in festverzinsliche Wertpapiere investierten Investmentanteile, betrug im vergangenen Jahr 15,0 Mrd. Euro oder 95,8% der gesamten Kapitalanlagen. Der überwiegende Teil der Aktien wurde in Spezialfonds gehalten, die auf Aktieninvestments ausgerichtet sind, jedoch auch einen begrenzten Anteil an Renteninvestments beinhalten. Insgesamt ist – bedingt durch die strategische Asset Allocation – die Aktienquote auf Buchwertbasis, die nur den reinen Aktien- und keinen Rentenanteil berücksichtigt, mit 1,3% konstant geblieben. Auch gemessen an den Marktwerten blieb diese Quote mit 1,1% unverändert.

Deutlich höhere Bewertungsreserven

Die Bewertungsreserven als Differenz zwischen dem aktuellen Marktwert und dem Buchwert beliefen sich zum 31. Dezember 2012 auf 2.083,3 Mio. Euro (2011: 818,4 Mio. Euro). Der Wert unserer Reserven hat sich damit im Geschäftsjahr 2012 um 1.264,9 Mio. Euro nochmals erhöht. Dieses ist insbesondere auf das im Vergleich zum Vorjahr niedrigere Zinsniveau im Rentenbereich zurückzuführen.

Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die Einschätzungen der zukünftigen Entwicklung unseres Unternehmens beruhen in erster Linie auf Planungen, Prognosen und Erwartungen. Dementsprechend kommen insbesondere in der Berichterstattung über die Risiken und die künftige Entwicklung unserer Gesellschaft allein unsere Annahmen und Ansichten zum Ausdruck.

Wie durch § 64 a des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) gefordert, verfügen wir über ein der Größe unserer Gesellschaft angemessenes Risikomanagementsystem.

Als Risiko wird gemäß den Mindestanforderungen an das Risikomanagement für Versicherungsunternehmen (MaRisk VA) die Möglichkeit des Nichterreichens eines explizit formulierten oder sich implizit ergebenden Zieles verstanden. Dies schließt die Risikodefinition des Deutschen Rechnungslegungsstandards zur Risikoberichterstattung (DRS 5) ein, innerhalb dessen Risiken als die Möglichkeit einer negativen künftigen Entwicklung der wirtschaftlichen Lage im Vergleich zur Situation am Bilanzstichtag definiert sind.

Grundsätzlich kann zwischen folgenden Risiken unterschieden werden:

- versicherungstechnische Risiken,
- Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft,
- Risiken aus Kapitalanlagen,
- operationale und sonstige Risiken.

Im Folgenden werden unsere Organisationseinheiten des Risikomanagements und der Risikomanagementprozesse aufgezeigt. Darüber hinaus wird unsere Risikosituation im Wesentlichen anlehnend an den Deutschen Rechnungslegungsstandard zur Risikoberichterstattung von Versicherungsunternehmen (DRS 5-20) dargestellt.

Organisationseinheiten des Risikomanagements

Das Risikomanagement unserer Gesellschaft ist in das konzernweite Risikomanagementsystem der AXA Deutschland eingebunden.

Aufgrund der Komplexität des Versicherungsgeschäftes ist die Risikomanagementfunktion unserer Gesellschaft auf verschiedene zentrale Funktionen, Organisationseinheiten und Kommissionen verteilt. Kontrollgremium ist der Aufsichtsrat als den Vorstand überwachendes Organ. Der Vorstand wie auch das Audit & Risk Committee (ARC) sind zuständig für die risikopolitische Ausrichtung unserer Gesellschaft sowie die Implementierung eines funktionierenden, angemessenen Risikomanagements und dessen Weiterentwicklung. Darüber hinaus werden im ARC unter anderem Compliance-Themen behandelt sowie Rechts- und Revisionsthemen mit Risikobezug. Das ARC ist das Nachfolgegremium des Risikokomitees und tagte zum ersten Mal im vierten Quartal 2012. Die Risikorunde ist das zentrale Kommunikationsgremium für Risikothemen auf Geschäftsbereichsebene. Bei der Risikorunde liegt besondere Aufmerksamkeit auf der Förderung der Risikokultur über die zentrale Risikomanagementorganisation. Darüber hinaus existiert das Compliance and Operational Risk Committee als zentrales Kommunikationsgremium zu Compliance-Themen, operationalen Risiken, Reputationsrisiken und sonstigen Rechtsrisiken. Zusätzlich werden risikorelevante Themen in diversen Spezialgremien, wie zum Beispiel dem Internal Model Committee, dem Local Risk Reinsurance Committee, dem Asset Liability Committee, dem Kapitalanlageausschuss, und weiteren Gremien besprochen.

Zur Risikomanagementfunktion gehörende Organisationseinheiten sind

- der Bereich Value & Risk Management (zentrales Risikomanagement),
- die Risikoverantwortlichen für die Steuerung und Kontrolle der Risiken in ihrem jeweiligen Unternehmensbereich (dezentrales Risikomanagement),
- der dezentrale Risikomanager pro Ressort für die Koordination aller risikorelevanten Themen innerhalb des Ressorts und
- der Verantwortliche Aktuar.

Der Chief Risk Officer der AXA Deutschland stellt die zeitnahe Kommunikation risikorelevanter Themen durch regelmäßige Berichterstattung an das ARC innerhalb der Gremiensitzungen beziehungsweise ad hoc sicher.

Risikomanagementprozess

Das Risikomanagement unserer Gesellschaft erfolgt unter Beachtung gesetzlicher, aufsichtsrechtlicher und innerbetrieblicher Vorgaben. Der Risikomanagementprozess setzt sich aus Risikoidentifikation, Risikoanalyse und -bewertung, Risikosteuerung und -überwachung sowie Risikokommunikation und -berichterstattung zusammen.

Risikoidentifikation: Die regelmäßige Risikoidentifikation erfolgt innerhalb der ARC-Sitzungen, im Rahmen der strategischen Planung, der Aktualisierung der Risikostrategie und des Materialitätsprozesses, unter anderem durch die Aktualisierung der Risikopolicen und der Dokumentation und Beschreibung operationaler Risiken. Durch die Risikopolicen werden die identifizierten wesentlichen Risiken inklusive deren aufbau- und ablauforganisatorischen Regelungen dokumentiert. Darüber hinaus ist die Risikoidentifikation im Rahmen von Prüfungen der internen Revision möglich. Risiken neuer Kapitalmarkt- und Versicherungsprodukte werden im Rahmen des standardisierten New Product Process (NPP) beziehungsweise Product Approval Process (PAP) vom Bereich Value & Risk Management unabhängig auf alle wesentlichen internen und externen Risikoeinflussfaktoren untersucht sowie deren Auswirkungen auf das Gesamtrisikoprofil bewertet. Des Weiteren gibt es zur Identifikation operationaler Risiken einen jährlichen Risikoerhebungsprozess auf Basis einer Befragung der Vorstandsmitglieder und des Topmanagements sowie einer Bewertung durch die jeweiligen operativen Ansprechpartner. Darüber hinaus erfolgt die Risikoidentifikation infolge einer Meldung eingetretener Risiken zur Aufnahme in die Verlustdatensammlung für operationale Risiken, im Rahmen des Information Risk Management-Prozesses (IRM) oder durch das Risk Identification and Assessment (RIA) im Rahmen des Business Continuity Managements. Die vollständige Erfassung aller Risiken erfolgt in der Risikodatenbank. Hierbei werden sowohl die Bewertungen der operationalen und sonstigen Risiken als auch die Risikopolicen erfasst.

Risikoanalyse und -bewertung: Aufbauend auf den Ergebnissen der Risikoidentifikation erfolgt eine Analyse und Bewertung der Risiken. Ergebnis der Risikoanalyse und -bewertung ist das Risikoprofil des Unternehmens. Somit können identifizierte Risiken ihrer Wesentlichkeit nach eingeordnet werden. Dadurch wird sichergestellt, dass Risiken mit wesentlicher Auswirkung auf die Wirtschafts-, Finanz- oder Ertragslage des Unternehmens identifiziert und angemessene Steuerungsmaßnahmen/-strategien definiert werden können.

Bei der Risikobewertung wird eine quantitative Einschätzung für die einzelnen Risiken sowie für das gesamte Risikoportfolio unter Berücksichtigung der bereits bestehenden Steuerungsmaßnahmen abgegeben. Die übergreifende quantitative Risikobewertung erfolgt anhand des ökonomischen Risikokapitalmodells und der dort definierten und eingesetzten Bewertungsmethoden. Für Risikoarten, für die eine quantitative Risikomessung nicht sinnvoll oder möglich ist, wird eine qualitative Beurteilung vorgenommen.

Neben qualitativen und quantitativen Methoden werden bei der Risikobewertung für ausgewählte Risiken situationsbedingt auch Sensitivitätsanalysen, Szenarioanalysen und Stresstests mit unterschiedlichen Zeithorizonten herangezogen.

Risikosteuerung und -überwachung: Die Risikosteuerung umfasst das Ergreifen von Maßnahmen zur Risikobewältigung in unserer Gesellschaft. Unter Risikosteuerung wird die Umsetzung entwickelter Konzepte und Prozesse im Einklang mit der von der Geschäftsleitung vorgegebenen Risikostrategie verstanden. Dadurch werden Risiken entweder bewusst akzeptiert, vermieden, vermindert oder transferiert. Durch regelmäßige Überwachung der Risiken anhand eines Soll-Ist-Ableichs, zum Beispiel im Rahmen des implementierten Limitsystems, werden Gefahren frühzeitig erkannt. Somit wird ein Gegensteuern ermöglicht. Die Entscheidung, welche Maßnahme im speziellen Fall durchgeführt wird, erfolgt durch Abwägung des Risiko-/Ertragsprofils sowie durch Überwachung der Limite der Verlust- und Risikoindikatoren. Die Risikosteuerung erfolgt immer durch die Geschäftsleitung gemäß ihrer Bereitschaft, bestimmte Risiken zu übernehmen. Dabei müssen jedoch das Risikoprofil und die Risikotragfähigkeit strikt beachtet werden. Schließlich wird in Verbindung mit einer angemessenen Berichterstattung beziehungsweise Eskalation die Einhaltung der Risikostrategie sichergestellt.

Risikokommunikation und -berichterstattung: Das sich aus Risikoanalyse und Bewertung ergebende Risikoprofil wird gegenüber dem Vorstand kommuniziert, sodass dieser bei der Festlegung des Risikoappetits das aktuelle Risikoprofil beachten kann. Ziel der Risikoberichterstattung ist die Bereitstellung aller erforderlichen Risikoinformationen zur Einschätzung des unternehmensindividuellen Risikos unter Berücksichtigung aufsichtsrechtlicher und interner Steuerungsanforderungen. Neben der Ergebnisberichterstattung zum ökonomischen Risikokapital werden auf Konzernebene regelmäßig ein Risikobericht und ein ORSA-(Own Risk and Solvency Assessment-)Bericht verfasst. Diese werden den Vorständen der Versicherungsgesellschaften vorgelegt und an das dezentrale Risikomanagement, das ARC und die Aufsichtsbehörde übermittelt. Zusätzlich sind Ad-hoc-Berichterstattungspflichten, beispielsweise bei Erreichen definierter Schwellenwerte, implementiert. Risikorelevante Themen werden darüber hinaus im Rahmen des regelmäßig zusammenkommenden ARC besprochen, nachdem sie zuvor im Rahmen der weiteren Gremien diskutiert wurden.

Versicherungstechnische Risiken

Lebensversicherung

Wir betreiben hauptsächlich konventionelle Kapital-, Risikolebens- und Rentenversicherungen, ergänzt um fondsgebundene Versicherungen sowie Berufsunfähigkeits-(zusatz-)versicherungen. Die spezifischen Risiken aus dem Lebensversicherungsgeschäft aus Unternehmenssicht sind biometrische Risiken, Risiken aus Kundenverhalten sowie Kosten- und Zinsgarantierisiken. Ferner bestehen noch spartenspezifische Risiken aus Rechtsprechung und Gesetzgebung.

Biometrische Risiken

Biometrische Risiken entstehen aus Abweichungen des tatsächlich beobachteten Risikoverlaufs zu den Annahmen der Kalkulation wie Sterblichkeit und Berufsunfähigkeit. Sinkende Sterblichkeit, bewirkt zum Beispiel durch verbesserte medizinische Versorgung, führt bei Kapital- und Risikoversicherungen zu einer Erhöhung der Marge, andererseits erzwingt dieser Trend bei Rentenversicherungen zusätzliche Leistungen. Eine Erhöhung der Sterblichkeit, etwa hervorgerufen durch Epidemien, hätte wiederum einen gegenläufigen Effekt. In der Berufsunfähigkeits- und Berufsunfähigkeitszusatzversicherung führen Abweichungen von den eingerechneten zu den tatsächlichen Versicherungsereignissen zu Risiken. Diese gehen neben medizinisch und juristisch verursachten Veränderungen oft auch auf soziale und konjunkturelle Ursachen zurück.

Unsere Gesellschaft steuert biometrische Risiken durch ihre Produktgestaltung, Zeichnungspolitik und Rückversicherungsverträge. Im Rahmen des Prozesses zur Gestaltung neuer oder in Anpassung bestehender Produkte werden Risiken identifiziert, bewertet und es wird, sofern notwendig, eine Anpassung der Produktkalkulation vorgenommen. Durch die Zeichnungspolitik wird eine risikogerechte Tarifierung sichergestellt. Je nach Ergebnis der medizinischen und finanziellen Risikoprüfungen wird dem Kunden nur unter Akzeptanz eines Beitragszuschlages oder eines Risikoausschlusses ein Versicherungsvertrag angeboten. Zusätzlich werden bei hohen Einzel- und Kumulrisiken sowie bei Katastrophenrisiken Rückversicherungsverträge zur Beschränkung der Leistungsbelastung abgeschlossen. Bei Berufsunfähigkeitsversicherungen wird das biometrische Risiko durch die Leistungsprüfung auf die vertraglichen Zusagen beschränkt. Hierbei wird zum

einen ausführlich geprüft, ob der Leistungsfall eingetreten ist, zum anderen werden Hilfestellungen für eine schnelle Rückkehr des Versicherungsnehmers in das Berufsleben erteilt.

Für die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen werden im Wesentlichen die bei Vertragsabschluss aktuellen, von der Aufsichtsbehörde oder der Deutschen Aktuarvereinigung (DAV) empfohlenen Sterbetafeln sowie Invalidisierungs- und Reaktivierungstafeln verwendet. Für die ab dem 21. Dezember 2012 verkauften geschlechtsunabhängigen Tarife werden Tafeln genutzt, die aus den aktuell empfohlenen Tafeln unter Berücksichtigung eines erwarteten Geschlechtermixes abgeleitet wurden. Alle in den Versicherungsverträgen zugesagten Leistungen werden dem Grundsatz der Vorsicht entsprechend berücksichtigt. Die Deckungsrückstellung der Versicherungen mit geschlechtsunabhängiger Tarifierung wird jährlich – erstmals für das Jahr 2013 – mit dem Ergebnis einer Kontrollrechnung auf geschlechtsabhängigen Kalkulationsgrundlagen verglichen und der höhere Wert in die Bilanz eingestellt. Durch regelmäßige aktuarielle Analysen wird ein möglicher Anpassungsbedarf der Deckungsrückstellungen frühzeitig erkannt. Mit Ausnahme folgender Teilbestände werden die verwendeten Wahrscheinlichkeitstafeln von der Aufsichtsbehörde und der DAV als ausreichend für die Berechnung der Deckungsrückstellung angesehen und enthalten nach Einschätzung des Verantwortlichen Aktuars für die Gesellschaft angemessene Sicherheitsspannen. Für den Bestand an Rentenversicherungen, die nicht nach der aktuellen Sterbetafel DAV 2004 R kalkuliert sind, wurde unter Berücksichtigung der aktuellen Empfehlungen der DAV im Jahr 2012 die Deckungsrückstellung weiter verstärkt. Die Deckungsrückstellung des Bestandes an Berufsunfähigkeits-(zusatz-)versicherungen, die nicht nach den aktuellen Tafeln DAV 1997 I, TI und RI kalkuliert wurden, musste nicht weiter gestärkt werden. Die Entwicklung der Sterblichkeit und Invalidisierungswahrscheinlichkeit wird weiter laufend analysiert.

Risiken aus Kundenverhalten

Risiken aus dem Verhalten von Versicherungsnehmern resultieren vor allem aus dem Stornorisiko und dem Risiko aufgrund des Kapitalwahlrechts bei Rentenversicherungen.

Das Stornorisiko wird vom Verhalten der Versicherungsnehmer beeinflusst, da sie zum Beispiel ihre Beitragszahlung einstellen oder den Vertrag kündigen können. Rationales Verhalten vorausgesetzt, werden Lebensversicherungskunden mit einer Kapital- oder Risikoversicherung, deren Gesundheit sich während der Vertragslaufzeit verschlechtert, mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit kündigen. Hierdurch könnte die Gefahr einer negativen Risikoselektion entstehen. Andererseits kann eine positive Kapitalmarktentwicklung zu verstärkten Rückkäufen führen, um den ausgezahlten Betrag mit einer höheren Rendite zu reinvestieren. Das sich bei unerwartet hohen Storni ergebende Risiko von Mittelabflüssen kann bei großem Volumen zu Liquiditätsengpässen, einer Beeinträchtigung der Kapitalanlagenstruktur und der Erträge aus den Kapitalanlagen führen. Das Liquiditätsrisiko wird gesondert betrachtet.

Die Stornoquoten unserer Gesellschaft und in der Branche werden getrennt nach Produktlinien permanent beobachtet. Die Veränderung der Stornoquoten war in der Vergangenheit gering, sodass das resultierende Risiko aufgrund der anhaltenden Niedrigzinsphase am Kapitalmarkt derzeit als niedrig einzuschätzen ist.

Bei anwartschaftlichen Rentenversicherungen hat der Kunde zum Zeitpunkt der Verrentung ein Kapitalwahlrecht. Dieses Risiko wird durch die Produktgestaltung beschränkt. Das angenommene Kundenverhalten wird bei der Verstärkung der Deckungsrückstellung bei Rentenversicherungen mit älteren Rechnungsgrundlagen berücksichtigt. Derzeit wird das Risiko aufgrund des Kapitalwahlrechtes als gering betrachtet. Es könnte aber steigen, falls sich herausstellt, dass sich das Kundenverhalten systematisch ändert. Aus diesem Grund erfolgt eine regelmäßige Überwachung des Kundenverhaltens.

Kostenrisiko

Das Kostenrisiko besteht darin, dass die tatsächlichen Kosten durch die einkalkulierten Kosten dauerhaft nicht finanziert werden können. Die Überwachung des Kostenrisikos erfolgt durch ein umfassendes Kostencontrolling.

Zinsgarantierisiko

Das professionelle Management der Zinsgarantien stellt eine Kernherausforderung im Rahmen des Asset Liability Managements dar. Zwar liegen die derzeitige und auch die im Rahmen der Unternehmensplanung erwartete Nettoverzinsung der Kapitalanlagen über dem durchschnittlichen garantierten Rechnungszins des Bestandes. Jedoch würde das längere Anhalten des aktuellen Niedrigzinsniveaus dazu führen, dass der Referenzzins gemäß § 5 Absatz 3 der Deckungsrückstellungsverordnung (DeckRV) in den nächsten Jahren weiter zurückgeht und die Deckungsrückstellung durch eine Erhöhung der Zinszusatzreserve, die unsere Gesellschaft zum Jahresende 2012 in Höhe von 199,6 Mio. Euro bildete, weiter zu verstärken wäre.

Bei fondsgebundenen Versicherungen ohne Garantieteile bemisst sich die Versicherungsleistung an der Entwicklung des zugrunde liegenden Fonds. Hieraus ergibt sich für die Lebensversicherer kein Kapitalanlagerisiko, da die Höhe der Verpflichtung gegenüber den Versicherungsnehmern stets mit dem Wert des Fondsvermögens übereinstimmt. Soweit unsererseits Garantien bei fondsgebundenen Produkten ausgesprochen wurden, gelten die Aussagen zu Zinsgarantien konventioneller Produkte.

Risiken aus Gesetzesänderungen

Die Deckungsrückstellung eines Versicherungsvertrages muss mindestens der Höhe des Rückkaufwertes entsprechen. Änderungen in Gesetzgebung und Rechtsprechung, die eine Erhöhung des Rückkaufwertes bewirken, führen daher auch zu einer Erhöhung der Deckungsrückstellung für den betroffenen (Teil-)Bestand.

Am 25. Juli 2012 erging ein Grundsatzurteil des Bundesgerichtshofs (BGH) gegen einen anderen Versicherer, wonach zum einen ein Stornoabzug ohne Vorliegen einer ordnungsgemäßen Stornoabzugsklausel nicht vorgenommen werden darf und zum anderen die Zillmerung als inhaltlich unangemessen angesehen wurde. Mit Beschluss vom 27. November 2012 stellte der BGH ferner klar, dass ein Stornoabzug auch dann nicht erhoben werden darf, wenn der Rückkaufswert über dem Mindestrückkaufswert liegt. Diese Urteile des BGH sind zu beachten. Es werden daher für die Tarifgenerationen 1994 bis Ende 2012 keine Stornokosten mehr erhoben und für die Tarifgenerationen 2001 bis Ende 2007 ist ein Mindestrückkaufswert in Höhe von 50% des ungezillmernten Deckungskapitals zu zahlen. Hierfür wurden gesonderte Rückstellungen gebildet.

Mögliche gegen uns lautende gerichtliche Einschätzungen unserer Umsetzung der VVG-Reform könnten rückwirkende Auswirkungen auf unsere Leistungsverpflichtungen haben.

Der Bundesgerichtshof (BGH) hat am 6. Februar 2013 ferner ein Grundsatzurteil zum Themenkomplex Ratenzahlungszuschläge gesprochen: Demnach sind Ratenzahlungszuschläge nicht als Kredit im Sinne des Verbraucherkreditrechtes zu qualifizieren. Damit können Versicherungsnehmer weder bereits gezahlte Ratenzahlungszuschläge zurückverlangen noch können Verträge auf dieser Grundlage widerrufen werden.

Ein weiteres rechtliches Risiko besteht im Hinblick auf die noch nicht abschließend gerichtlich geklärte Frage der Europarechtmäßigkeit von § 5a Absatz 2 Satz 4 VVG a. F. (a. F. = alte Fassung). Es handelt sich um die Frage, ob die nationale gesetzliche Regelung, dass ein Vertrag trotz mangelnder Belehrung spätestens ein Jahr nach Vertragsschluss nicht mehr widerruflich ist, Bestand hat, oder ob alle Verträge, die unter Geltung dieser Regelung mit mangelhafter Belehrung beziehungsweise fehlender Information geschlossen worden sind, „ewig“ widerruflich sind. Hierzu hat

am 24. Januar 2013 bereits eine mündliche Verhandlung vor dem EuGH stattgefunden. Ein Ergebnis hat dieser Termin aber nicht gebracht. Eine Prognose, wann das Verfahren abgeschlossen sein wird, ist nicht möglich; jedenfalls ist nicht vor Ablauf von sechs Monaten mit einem Spruch des EuGH zu rechnen. Kommt der EuGH zu dem Ergebnis, dass die Norm rechtswidrig sei, kann der BGH dennoch (im Einzelfall) entscheiden, dass Versicherungsverträge aufgrund ihres Vertragsverlaufs nicht widerruflich sind. Entschieden sich der BGH infolge einer Europarechtswidrigkeit aber für eine generelle Widerruflichkeit der Verträge, könnte das folgende Rechtsfolgen haben:

1.) Rückabwicklung

Die Beiträge widerrufener Verträge (abgeschlossen bis zum 31. Dezember 2007 nach VVG a. F.) könnten (zumindest für die letzten drei Jahre) verzinst zurückgefordert werden.

2.) § 9, 152 VVG n. F. (n. F. = neue Fassung)

Die Übergangsvorschriften zum neuen VVG bestimmen, dass auch auf Altverträge seit dem 1. Januar 2009 das neue VVG Anwendung findet. Demnach könnten sich die Rechtsfolgen für nach diesem Datum abgegebene Widerrufserklärungen nach § 9, 152 VVG n. F. richten, das heißt Erstattung der Beiträge für die Zeit nach Widerruf („pro rata temporis“-Abrechnung) und – je nachdem, was für den Versicherungsnehmer günstiger ist – Auskehrung des Rückkaufwertes oder Erstattung des Beitrages für das erste Jahr.

3.) Einzelfallentscheidung

Unseres Erachtens gibt es je nach Vertragsverlauf viele Argumente, die dafür sprechen, eine Widerruflichkeit im Einzelfall abzulehnen: Das Widerrufsrecht kann wegen vom Kunden veranlasster Geschäftsvorfälle oder schon wegen mehrjähriger unbeanstandeter Beitragszahlung verwirkt sein.

In Deutschland wird das EuGH-Urteil zu den Unisex-Tarifen voraussichtlich bis Sommer 2013 durch Aufhebung des bisherigen § 20 Absatz 2 Satz 1 AGG umgesetzt. Auch wenn die Umsetzung des Unisex-Urteils nicht fristgerecht bis zum 21. Dezember 2012 durch den deutschen Gesetzgeber erfolgte, bleibt es – auch nach Einschätzung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) – dabei, dass ab dem 21. Dezember 2012 für Neuverträge Unisex-Tarife angeboten werden müssen.

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft resultieren für unsere Gesellschaft hauptsächlich aus Beitragsforderungen.

Die fälligen Ansprüche gegenüber Versicherungsnehmern sowie die Ansprüche gegenüber Versicherungsvermittlern – vor allem aus Provisionsrückforderungen – betragen zum Bilanzstichtag 33,1 Mio. Euro (2011: 37,5 Mio. Euro). Davon entfielen 9,9 Mio. Euro (2011: 8,1 Mio. Euro) auf Forderungen, die älter als 90 Tage sind. Zur Risikovorsorge wurden die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen an Kunden und Vermittler um Wertberichtigungen von 46 Tsd. Euro (2011: 67 Tsd. Euro) vermindert. Diese wurden auf Basis der Ausfallquoten der vergangenen drei Jahre ermittelt.

Durchschnittliche Ausfallquote der vergangenen drei Jahre in %		
2010	2011	2012
0,14	0,23	0,14

Die Risiken aus dem Ausfall von Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern werden durch ein IT-unterstütztes Inkasso- und Mahnsystem gesteuert. Zeitnahe Provisionsabrechnungen stellen sicher, dass Provisionsrückforderungen an Versicherungsvermittler kurzfristig ausgeglichen werden.

Risiken aus Kapitalanlagen

Unsere Gesellschaft verwaltet 15,6 Mrd. Euro (2011: 15,6 Mrd. Euro) Kapitalanlagen. Diese werden unter strikter Beachtung der gesetzlichen, aufsichtsrechtlichen und innerbetrieblichen Richtlinien in einem strukturierten Prozess angelegt. Unter Gesamtrisikobetrachtung soll eine gleichzeitige Sicherstellung der Anlageziele Sicherheit, Rentabilität und Liquidität der Kapitalanlagen erreicht werden. Dieses wird unter anderem durch eine ausgewogene Diversifikation und strikte Begrenzung von Konzentrationsrisiken gewährleistet.

Mit der Kapitalanlage sind unvermeidbar signifikante Risiken verbunden, die durch die im Anlageprozess eingebauten Kontrollen und andere risikomindernde Maßnahmen bewusst eingegangen werden. Zum Erhalt beziehungsweise Ausbau der notwendigen Risikotragfähigkeit werden die Risiken der Kapitalanlagen aktiv gesteuert und fortlaufend an das jeweilige Kapitalmarktumfeld angepasst.

Die Kapitalanlagerisiken werden in Markt-, Kredit-, Konzentrations- und Liquiditätsrisiken unterteilt:

Marktrisiken

Die Marktpreisrisiken unserer Gesellschaft beruhen im Wesentlichen auf Wertverlusten bei Aktien und festverzinslichen Anlagen. Ferner stellen Änderungen im Wert des Immobilienbestandes oder bei nicht börsennotierten Beteiligungen Marktpreisbeziehungsweise Wertänderungsrisiken dar.

Die Auswirkungen auf die Marktwerte der Kapitalanlagen werden in möglichen Risikoszenarien analysiert. Hierfür werden die Marktwertschwankungen von Aktien (ohne Beteiligungen und verbundene Unternehmen), Zinsprodukten und Währungen unter Berücksichtigung der bestehenden Währungssicherungen und anderer derivativer Absicherungsmechanismen simuliert. Somit werden die tatsächlichen Sensitivitäten unserer Kapitalanlagen verdeutlicht.

Die folgende Übersicht zeigt auf, wie sich eine Änderung der Aktienkurse beziehungsweise der Marktzinsen kurzfristig auswirken würde:

Das Risiko von Marktwertverlusten aus unserem Aktienexposure war im Jahr 2012 durch den Einsatz von Optionen sehr begrenzt. Gleichwohl können bei ungünstigen Marktentwicklungen außerplanmäßige Abschreibungen nicht ausgeschlossen werden. Im Bereich Private Equity können aufgrund der Verschlechterung des Marktumfeldes Wertrückgänge der Beteiligungen nicht ausgeschlossen werden.

Unser Portfolio besteht zum Großteil aus festverzinslichen Papieren, daher reagiert der Marktwert stark auf Veränderungen des Zinsniveaus. Bereits ein Anstieg der Marktzinsen um 100 Basispunkte würde in einem deutlichen Rückgang unserer Bewertungsreserven resultieren.

Das im historischen Vergleich sehr niedrige Zinsniveau führt bei der Wiederanlage frei gewordener Mittel zur Belastung der zukünftigen Ertragslage.

Währungsrisiken bestehen nur in wirtschaftlich unbedeutendem Umfang, da unsere Gesellschaft hauptsächlich im europäischen Raum investiert und Fremdwährungsinvestitionen begrenzt und kontrolliert werden. Dies erfolgt durch den Einsatz von Fremdwährungsderivaten (zum Beispiel Devisentermingeschäfte).

Aktienmarktveränderung	Veränderung des Marktwertes der Kapitalanlagen
Anstieg um 30 %	+60 Mio. Euro
Anstieg um 20 %	+40 Mio. Euro
Anstieg um 10 %	+20 Mio. Euro
Sinken um 10 %	-19 Mio. Euro
Sinken um 20 %	-34 Mio. Euro
Sinken um 30 %	-43 Mio. Euro

Renditeveränderung des Rentenmarktes	Veränderung des Marktwertes der Kapitalanlagen
Anstieg um 200 Basispunkte	-2.561 Mio. Euro
Anstieg um 100 Basispunkte	-1.388 Mio. Euro
Sinken um 100 Basispunkte	+1.556 Mio. Euro
Sinken um 200 Basispunkte	+3.041 Mio. Euro

Währungskursänderung	Veränderung des Marktwertes der Kapitalanlagen
Anstieg um 10 %	+1,2 Mio. Euro
Anstieg um 5 %	+0,6 Mio. Euro
Sinken um 5 %	-0,6 Mio. Euro
Sinken um 10 %	-1,2 Mio. Euro

Der Immobilienbestand unserer Gesellschaft besteht zum großen Teil aus deutschen Büro- und Gewerbeimmobilien. Die Wertentwicklung ist deshalb im Wesentlichen abhängig von der Konjunkturlage in Deutschland.

Wir verfolgen die Entwicklung der Kapitalmärkte sehr genau. Sollten sich die zuvor gezeigten negativen Szenarien im laufenden Geschäftsjahr ganz oder teilweise einstellen oder am Bilanzstichtag vorliegen, werden wir entsprechende Maßnahmen ergreifen. Diese beinhalten unter anderem mögliche Abschreibungen auf die nachhaltigen Werte einzelner Kapitalanlagen, den selektiven Verkauf einzelner Titel und den optionalen Einsatz von Wertsicherungsmaßnahmen, um die Portfolios kurzfristig gegen weitere Wertverluste abzusichern.

Kreditrisiken

Das Kreditrisiko umfasst die Insolvenz, den Zahlungsverzug und die Bonitätsverschlechterung des Schuldners beziehungsweise Emittenten von festverzinslichen Wertpapieren, Darlehen, Genussrechten und Derivaten.

Zur Reduktion des Kreditrisikos werden hauptsächlich Investitionen beziehungsweise Darlehensvergaben bei Emittenten und Schuldern mit einer guten bis sehr guten Bonität getätigt. Die Einstufung der Bonität von Emittenten festverzinslicher Wertpapiere erfolgt entweder mithilfe von Ratingagenturen oder nach einheitlichen internen Maßstäben und wird mit kontinuierlichen Kontrollprozessen überprüft.

Zusätzlich zur Überwachung der Ratings nehmen wir in Zusammenarbeit mit den von uns mandatierten Vermögensverwaltern Detailanalysen zu potenziell ausfallgefährdeten Wertpapieren vor, auf deren Basis dann über risikomindernde Maßnahmen entschieden wird. Für diese Analysen werden alle im Markt vorhandenen Informationen herangezogen.

Für die Vergabe von Hypotheken- und Refinanzierungsdarlehen gelten Vergaberichtlinien und strenge Vorschriften bezüglich der Bonität. Als Sicherheit von Hypothekendarlehen bestehen Pfandrechte an Grundstücken und/oder Versicherungsverträgen. Die Vergaberichtlinien knüpfen eine Finanzierung im Regelfall an private Nutzung und erstrangige Absicherung. Die Refinanzierungsdarlehen verfügen alle über

ein Rating von mindestens A-. Einlagen bei Kreditinstituten erfolgen ausnahmslos bei Banken, die über ein Investment Grade Rating verfügen.

Das Einzelengagement unterliegt der regelmäßigen Überwachung. Mithilfe unserer Kontrollverfahren für den Zins- und Tilgungsdienst sowie unseres Mahnverfahrens erhalten wir einen detaillierten Überblick über ausstehende Zahlungen.

Die Kontrahenten der Derivatepositionen verfügen ausnahmslos über ein Investment Grade Rating, sofern die Geschäfte nicht über die Terminbörse Eurex abgewickelt wurden. Das Gegenparteirisiko der Derivategeschäfte wird fortlaufend durch die Stellung von Sicherheiten (Collateral) abgesichert.

Durch die Krise an den Finanzmärkten und die Verschlechterung der allgemeinen Wirtschaftslage hat sich das Kreditrisiko in den vergangenen Jahren signifikant erhöht. Auch unsere Gesellschaft hält Kapitalanlagen, deren Bonität vor dem Hintergrund der Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise in der Öffentlichkeit diskutiert wurde und die teilweise von signifikanten Spread-Ausweitungen betroffen sind.

Unsere Gesellschaft ist zu einem Anteil von 15% der Kapitalanlagen (auf Marktwertbasis) in Staatsanleihen investiert. Anleihen von Spanien, Italien, Portugal, Griechenland und Irland, deren Risiken im Rahmen der europäischen Schuldenkrise diskutiert werden und deren Spreads sich in den vergangenen Jahren teilweise deutlich ausgeweitet haben, machen einen Anteil von 4% am Gesamtmarktwert der Kapitalanlagen aus. Auch wenn wir zurzeit Ausfälle aufgrund verschiedener Stützungsmaßnahmen nicht für ein wahrscheinliches Szenario halten, können wir künftige Abschreibungen auch vor dem Hintergrund politischer Unwägbarkeiten nicht ausschließen.

Unsere Gesellschaft hält über Spezialfonds Verbriefungen von US-Subprime-Hypotheken (Residential Mortgage Backed Securities, RMBS) im Marktwert von 16 Mio. Euro. Neben dem US-RMBS Exposure enthalten die Spezialfonds ein Portfolio von CLOs (Collateralized Loan Obligations) mit einem Marktwert von 99 Mio. Euro. Ferner enthalten die Spezialfonds ein synthetisches CDO (Collateralized Debt Obligation), das durch die Entwicklungen an den Kreditmärkten bezüglich der für die Bewertung relevanten

Annahmen und durch konkrete Ausfälle im Referenzportfolio deutliche Marktwertverluste erlitten hat. Der Nominalwert beträgt rund 48 Mio. Euro bei einem Marktwert des Kreditderivates von –18 Mio. Euro. Ein Verlust des Nominalbetrages kann aber nur im Fall von mehreren weiteren Ausfällen in signifikanter Höhe innerhalb des CDO-Portfolios eintreten. Insgesamt wurden auf diese Spezialfonds bisher 20 Mio. Euro außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen. Bei nachhaltigen, signifikanten Marktverschlechterungen sind weitere außerplanmäßige Abschreibungen nicht ausgeschlossen.

Ebenso halten wir Fremdkapitalinstrumente, die von nationalen und internationalen Banken sowie sonstigen Unternehmen außerhalb des Finanzsektors emittiert wurden (15% der Kapitalanlagen auf Marktwertbasis). Dieses Exposure wird entweder direkt oder über Fonds, Derivate und strukturierte Produkte gehalten und enthält zu einem geringen Teil auch Instrumente von niedriger Seniorität wie nachrangige Darlehen, Genussscheine und stille Beteiligungen. Die überwiegende Mehrheit der Unternehmensanleihen ist im Bereich Investment Grade geratet.

Das Portfolio der Genussscheine (Nominalwert 324 Mio. Euro) besteht zu einem großen Teil aus Papieren von Sparkassen und Landesbanken. Aufgrund der schwierigen Situation insbesondere einiger Landesbanken besteht bei deren Genussscheinen das Risiko, dass als Folge von Bilanzverlusten ergebnisabhängige Kupons nicht ausbezahlt werden und das Kapital herabgesetzt werden kann.

Unsere Gesellschaft hält ein Portfolio von spanischen Hypothekendarlehen (sogenannte Cedulas, 1% der Assets auf Marktwertbasis), deren Marktwerte im Zuge der spanischen Banken- und Immobilienkrise deutlich gesunken sind. Bei diesen Papieren sind bisher keine Ausfälle eingetreten. Aufgrund der Besicherungsmechanismen der Instrumente und auf Basis von regelmäßig durchgeführten Szenarioanalysen der Cover Pools sehen wir derzeit keinen Abschreibungsbedarf. Zukünftig kann dieser aber nicht ausgeschlossen werden.

Der größte Teil unserer Rentenbestände ist besichert beziehungsweise von öffentlichen Emittenten ausgegeben und daher nur einem minimalen Ausfallrisiko ausgesetzt. Es kann jedoch nicht

ausgeschlossen werden, dass sich in der Zukunft die Bonität einzelner Emittenten verschlechtert und damit Abschreibungsbedarf entstehen könnte.

Konzentrationsrisiken

Konzentrationsrisiken entstehen, wenn Unternehmen hohe einzelne Risiken oder stark korrelierte Risiken eingehen und daraus hohe Ausfallverluste resultieren können. Bei der Kapitalanlage entstehen Konzentrationsrisiken, wenn Investitionen in einzelne Kapitalanlageprodukte oder Emittenten oberhalb definierter Grenzen durchgeführt werden. Aus diesem Grund stehen Konzentrationsrisiken im engen Zusammenhang mit Markt- und Kreditrisiken und werden durch die Definition von Limiten auf Einzelpositionen und den Einsatz von Derivaten gesteuert und regelmäßig überwacht.

Liquiditätsrisiken

Aufgrund der vorab vereinnahmten sowie verzinslich und liquid angelegten Beiträge ist das Liquiditätsrisiko für Versicherungsunternehmen grundsätzlich gut steuerbar. Wir tragen dem Risiko unzureichender Liquidität durch eine mehrjährige Planung der Zahlungsströme Rechnung. Zusätzlich erfolgt für einen rollierenden Zwölfmonatszeitraum eine Prognose auf Monatsbasis. Für die Überwachung des Liquiditätsrisikos wird darüber hinaus ein Liquiditätsstresstest durchgeführt.

Insgesamt wird bei der Kapitalanlage auf einen hohen Anteil liquider und fungibler Kapitalanlagen geachtet, damit wir den Verpflichtungen gegenüber unseren Versicherungskunden jederzeit nachkommen können. Bei einem eventuell auftretenden unvorhergesehenen Liquiditätsbedarf wird auf der Grundlage des konzerninternen Liquiditätshilfeabkommens Liquidität zur Verfügung gestellt.

Risikosteuerung der Kapitalanlagen

Innerhalb des AXA Konzerns sind umfassende Governance-Strukturen, Steuerungsmaßnahmen und Richtlinien zur Risikosteuerung der Kapitalanlagen implementiert. Das Asset Liability Management-Komitee schlägt die Kapitalanlagestrategie vor, der Vorstand entscheidet hierüber. Der Kapitalanlageausschuss implementiert und überwacht die strategische Aufteilung der Kapitalanlagen nach Kapitalanlagearten (Asset Allocation) und die Einhaltung vorgegebener Limitsysteme. Darüber hinaus gilt eine umfassende interne Richtlinie (Investment Guidelines) für alle Kapitalanlagen. Die aufsichtsrechtlichen Vorschriften zur Mischung und Streuung werden eingehalten.

